

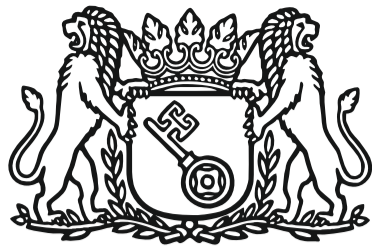
Das neue Heft.
Jetzt im Handel!

Weitere Informationen unter
www.zeit.de/zw-aktuell



PREIS DEUTSCHLAND 5,30 €

DIE ZEIT



WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR



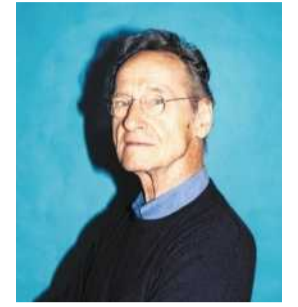
14. FEBRUAR 2019 N° 8

Ich zuerst!



Wie kommt es, dass nationale Egoisten wieder die Welt bedrohen?
Und gibt es dagegen wirksame Mittel? WIRTSCHAFT

Tiefenort: Suckk & Bräwurst



Wie weit reicht die Moral?

Ein Essay von Bernhard Schlink über die Grenzen der Verantwortung

Sinn & Verstand, Seite 40/41

Woher habe ich meine Gene?

Ein Samenspender-Kind sucht seinen Vater und entdeckt Unglaubliches

Dossier, Seite 13

Risiko Fahrverbot

Warum die Sperrung einzelner Straßen die Gesundheit bedrohen kann

Wissen, Seite 32

SOZIALSTAAT

Die Fallen der Fürsorge

Leider will die SPD auch Nichtstun belohnen VON KOLJA RUDZIO

Angenommen, es ginge nicht um die Zukunft der SPD, sondern um die Zukunft des Sozialstaates. Was wäre dann das größte Problem? Bald wird das Geld fehlen, weil die Babyboomer nach und nach in den Ruhestand gehen. Dadurch steigen in der Rente, der Pflege und im Gesundheitswesen die Ausgaben. Zugleich fehlen Arbeitskräfte, die das alles finanzieren. Statt heute 46 Millionen potenzieller Arbeitnehmer dürften es in zehn Jahren noch 39 Millionen sein. Der Rückgang ist dramatisch.

Was wäre eine umsichtige Sozialpolitik? Sicher keine Politik, die Menschen dazu ermuntert, nichts zu tun. Genau so eine Idee verfolgt die SPD. Mit ihrem Konzept »Sozialstaat für eine neue Zeit« setzen die Sozialdemokraten dort an, wo sie mit der Rente ab 63 aufgehört haben: Sie versprechen neue, extrem teure Sozialleistungen – mehr Wohngeld, ein »Bürgergeld«, eine Kindergrundsicherung. Wer das bezahlen soll, ist völlig unklar.

Dem SPD-Plan zufolge sollen ältere Menschen künftig bis zu drei Jahre lang Arbeitslosengeld erhalten (statt wie bisher zwei Jahre). Diese Maßnahme kann zu dem Irrtum beitragen, man müsse sich bei der Stellensuche nicht beeilen, man habe ja drei Jahre Zeit. Das aber sind falsche Anreize. Wer lange aus seinem Beruf raus ist, hat nur geringe Chancen, jemals wieder reinzukommen. Zudem sollen Arbeitslose nach diesen drei Jahren Stütze noch einmal zwei Jahre lang das neue Bürgergeld erhalten. Dies wäre eine staatlich finanzierte Brücke in die Rente. Wer seinen 58. Geburtstag feiert, der könnte darauf anstoßen, dass er schon bald in den Ruhestand geht.

Dieses Szenario sei unrealistisch, ließe sich einwenden, weil die Firmen ja Mitarbeiter brauchen. Doch auch heute müssen manche Firmen Stellen abbauen, im nächsten Abschweifungswieso. Und auch heute gibt es Arbeitnehmer, die mit Ende 50 vom Ruhestand träumen. Soll der Staat dafür zahlen?

Ideen, wie man Geld verteilen kann, hat die SPD reichlich. Doch zur Sozialpolitik gehört die Finanzierung. Dazu findet sich im SPD-Plan nur ein einziger Satz. Irgendwie werde es gelingen, »alle angemessen an einer Finanzierung zu beteiligen«. Das ist naiv.

www.zeit.de/audio

SICHERHEITSPOLITIK

Aus eigener Kraft

Die Europäer müssen ihre Verteidigung in die Hand nehmen. Nur dadurch können sie Putin und Trump beeindrucken VON JOSEF JOFFE

Die Geschichte des Bündnisses ist die Geschichte seiner Krisen. Sie spiegeln sich getreulich in der Münchner Sicherheitskonferenz, die jetzt zum 55. Mal tagt. Krach war der Normalzustand: vom »Hähnchenkrieg« in den Sechzigern bis zu Trumps Strafzöllen, von der Nuklearstrategie bis zur Nachrüstung, vom Vietnam- bis zum Irakkrieg. Der Streit um Nord Stream 2 ist auch nicht neu. Bereits in den Siebzigern qualten Erdgas-Röhren-Geschäfte mit Moskau.

Doch das Band hielt ein Menschenalter lang, länger als jede Allianz zuvor. Neu und riskanter ist das Leben mit Donald Trump, dem Elefantenbullen, der den Laden nicht aus Versehen, sondern aus Prinzip demoliert. Die Nato ist ihm egal, die EU ein Gräuel, der Freihandel eine Falle. »America first« ist kein Slogan, sondern Programm.

Neu ist auch die Seelenlage. Amerikas globalen Einfluss sehen nur noch neun Prozent der Deutschen als etwas Gutes. Mehr als die Hälfte stuft ihn als Übel ein. Merkel sagt es auf ihre Weise: »Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei.« Auf wen dann? Auf die Briten, die sich in die »splendid isolation« verabschieden? Auf die Russen, die ihr altes Imperium wiederherstellen versuchen? Gar auf das totalitäre China?

Bleibt also nur Europa mit der zweitgrößten Wirtschaft der Welt. Leider ergeben 27 Staaten keine Weltmacht, erst recht nicht, wenn die vier Großen – Berlin, London, Paris, Rom – nicht einmal ihr eigenes Haus in Ordnung bringen können. Dass Frankreich mit seinen 280 Atomwaffen einen Schutzschirm über der EU aufspannen werde, bleibt ein schöner Traum. Russland hat knapp 7000 und Amerika 6500 davon. Derweil wächst eine neue Bedrohung heran. Wie in den fatalen Siebzigern, als Moskau seine SS-20-Raketen gegen Europa richtete, hat es nun verträglich 64 bodengestützte atomare Marschflugkörper aufgestellt, die nur Europa, nicht Amerika erreichen können. Putins Kalkül: Die Nachrüstung II verkräften die Europäer nicht.

Flugs hat sich Berlin als Bereiter einer Abrüstungskonferenz angedient. Den »ehrliehen Makler« zu geben ist schon den Bonnern in den Achtzigern nicht gelungen. Reagan und Gorbatschow handelten den Mittelstrecken-

Deal unter sich aus. Ein zweiter Verschrotungsvertrag hätte keine Chance. Denn Russland rüstet auch gegen die Atommächte China, Indien, Pakistan und Nordkorea auf, die ebenfalls Mittelstreckenwaffen bauen. Auf diesem Schachbrett sind Amerika und Russland nicht mehr allein. Mit dabei sind vier weitere Spieler, die ihre Potenziale hochfahren. Die sechs würden bis in alle Ewigkeit tagen.

Die besseren Nachrichten: Erstens untergraben Putins 64 Cruise-Missiles nicht den strategischen Status quo – nicht angesichts seiner 7000 Atomwaffen. Zweitens wandelt sich das Kriegsbild. Vorrang gewinnen konventionelle Mittelstrecken-Geschosse, die ihre geringere Sprengkraft durch Treffgenauigkeit ausgleichen. Die können die Europäer selbst bauen, ohne sich auf Trump verlassen zu müssen oder Verträge zu verletzen.

Grundsätzlich aber folgt aus Merkels Appell die Wiederherstellung der Kampffähigkeit nach 25 Jahren Abrüstung, und zwar im Dienste der Abschreckung, nicht des Krieges. Putin würde nicht wie Stalin Riesenarmeen aufbieten, sondern agile kleine Verbände, die rasch Fakten schaffen und dem Westen die Bürde der Eskalation aufhalsen.

Wenn die SPD-Chefstrategin Andrea Nahles eine »stärkere Position der Europäer in der Nato« fordert, dann müsste sie, Trump hin oder her, für Kampfkraft, Mobilität und Bereitschaft sowie die digitale Abwehr plädieren. Die Europäer müssen sich gegen Cyberkrieg, digitale Unterwanderung und »grüne Männchen« wie in der Ukraine wappnen – kurz: gegen die »hybride Kriegführung«. Eine glaubhafte Selbstverteidigung kostet viel Geld. Doch ist sie den Einsatz wert, weil der beim Gegner für Vorsicht und Wohlverhalten sorgt.

Für Deutschland ist »ein Stück« Kulturwandel angesagt. Die Karriere dieser »Friedensmacht« setzte den Übervater Amerika voraus, der Sicherheit zum Discount lieferte. Der hat schon zu Obamas Zeiten die US-Präsenz in Europa ausgedünnt; Trump ist Trend. Und die Bundeswehr ist nicht abwehrbereit. In München wird der Westen abermals den Zusammenhalt der Nato beschwören. Noch besser ist ein europäischer Beitrag, der sowohl Trump als auch Putin beeindruckt.

www.zeit.de/audio

KLIMASCHUTZ

Ins Wespennest gestochen

Endlich streitet die Koalition über Umweltpolitik VON PETRA PINZLER

Wenn es um die Bienen geht oder das Klima, die Luftreinhaltung oder die Vernichtung von Boden, dann interessiert das in Berlin bisher vor allem die Experten aus dem Umweltministerium und gelegentlich noch ein paar Demonstranten. Doch im Moment passiert etwas Erstaunliches. Da fordert Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) beispielsweise zum »Widerstand« gegen Gerichte auf – sollten die es wagen, Fahrverbote zu verhängen. CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak befeuert wilde Debatten im Internet, weil er der schwedischen Klimaaktivistin Greta »Ideologie« vorwirft. Umgehend werfen ihm die Grünen »Gefühlskälte« vor.

Ausgerechnet Politiker der großen Koalition haben die Umwelt also ins Zentrum der Politik gerückt, dorthin, wo es schmerzt, ärgert, erregt und entrüstet.

Endlich geht es in Berlin um das Wesentliche: darum, bei wie viel Grad wir künftig leben, welche Luft wir atmen wollen.

Leider aber bringt der zusehends problematische Umgang mit dem Thema die Bundesregierung in ein tiefes Dilemma. Denn den Unionspolitikern geht es ja gerade nicht um einen konstruktiven Streit in der Sache. Sie polemisieren nur scheinbar gegen die Grünen und Greta. Faktisch geht es ihnen um die Folgen und die Verhinderung der eigenen Politik.

Denn in diesem Frühjahr wollen CDU, CSU und SPD (nicht Greta) den Ausstieg Deutschlands aus dem fossilen Zeitalter besiegeln. Dazu braucht man nicht nur den Kohleausstieg, Verkehr, Landwirtschaft, das gesamte Land muss zu mehr Klimaschutz verpflichtet werden. Deswegen arbeitet die Umweltministerin an einem Klimagesetz, das der Bundestag schon bald verabschieden soll.

Das aber könnte sehr schwer werden, wenn konservative Politiker den Umweltschutz als eine Frage der Ideologie begreifen – und das Thema emotional aufladen (Klimaschutz wollen nur Linke und ein paar Kinder). Stattdessen sollten Scheuer, Dobrindt, Altmaier und Kramp-Karrenbauer besser so reden, dass sie morgen die Politik machen können, die sie gestern in Paris beschlossen haben.

www.zeit.de/audio

PROMINENT IGNORIERT



Für immer jung

Der Unfall, den der 97 Jahre alte Prinz Philip, Gemahl der englischen Königin, kürzlich mit seinem Land Rover verursachte, hat den Streit über den Entzug der Fahrerlaubnis für Senioren neu beflügelt. Da der Prinz jedoch seinen Führerschein »nach reiflicher Überlegung«, wie es heißt, abgegeben hat, wird man sich darauf einigen können, dass 97-jährige Land-Rover-Besitzer nicht mehr Auto fahren sollten. GRN.

Kleine Fotos (v. o.): Daniel Hofer/laif; kistforke/dana press

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbefragung@zeit.de
ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ABONNENTENSERVICE:
Tel. 040 / 42 23 70 70,
Fax 040 / 42 23 70 90,
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:
DK 55,00/FIN 8,00/E 6,50/
CAN 6,80/F 6,50/NL 5,70/
A 5,40/CH 7,50/I 6,50/GR 7,10/
B 5,70/P 6,80/L 5,70/H 2300,00

N° 8

74. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 105309 08